



NEWSLETTER I/2011

# NORD|SÜD *news*

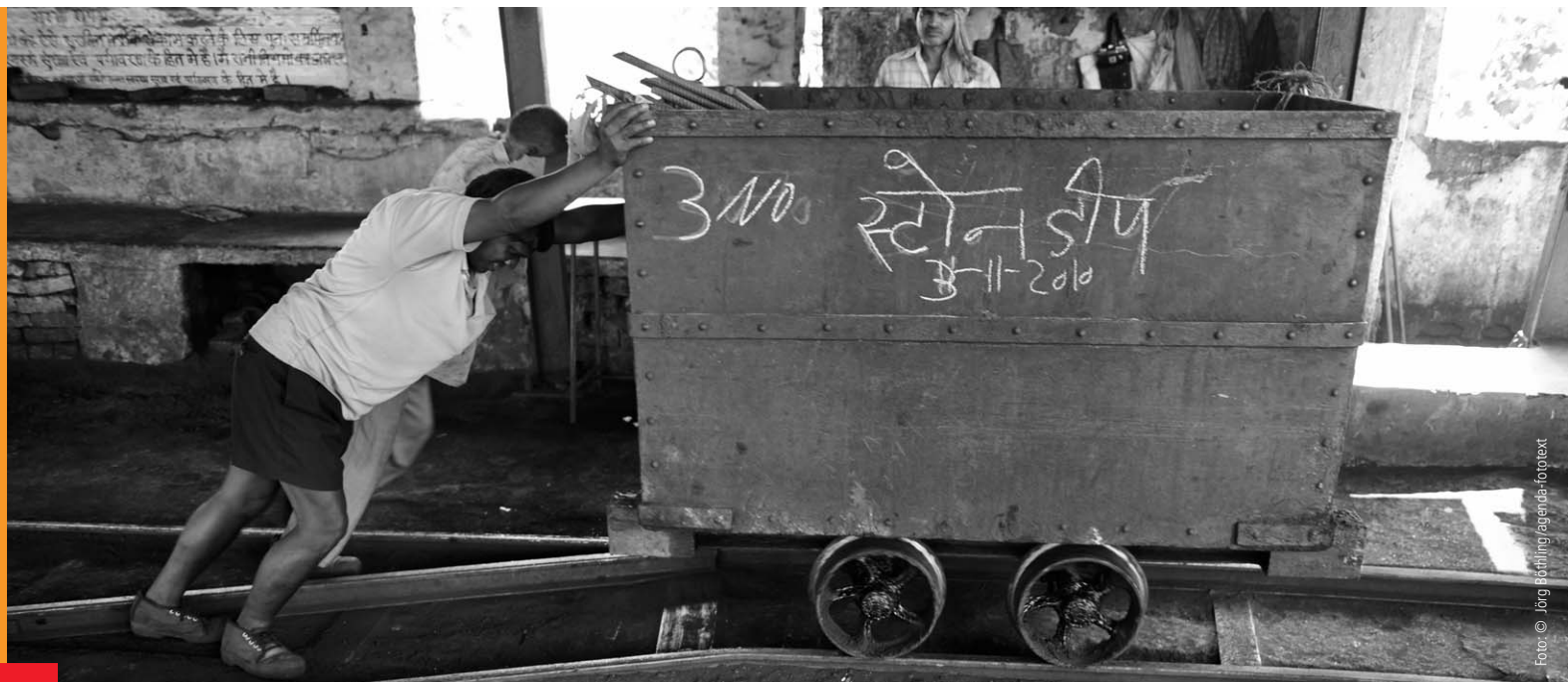


Foto: © Jörg Potthoff/agenzia-fototext

## Indien: Die Schattenseite des Kohlebooms

Der Börsengang der indischen Kohlegesellschaft Coal India Ltd (CIL) sorgte weltweit für Aufsehen. Das bis 2010 rein staatliche Unternehmen ist der größte Kohleproduzent der Welt. Angesichts einer geplanten Fördermenge von 460 Millionen Tonnen für das laufende Geschäftsjahr schoss der Kurs der Aktie auf Rekordhöhe. Der Energiemarkt wächst schnell.

Die Schattenseite des Kohlebooms kann man in Jharia besichtigen. Die 600.000 Einwohner-Stadt im Bundesstaat Jharkhand steht auf dem größten Vorkommen an Koks Kohle in Indien. Sie ist umgeben und unterhöhlt von zahlreichen Minen. Auch Jharia sorgt weltweit für Aufsehen: Nirgendwo sonst verbrennt so viel Kohle unkontrolliert. Qualm steigt aus Erdspalten und offenen Minen. Die Stadt liegt unter einem Grauschleier, die Luft

riecht und schmeckt nach Kohle. Ihre Bewohner erkranken an Bronchitis, Tuberkulose, Staublungenerkrankungen oder Lungenkrebs. Absinkendes Land lässt Häuser einstürzen. Ganze Stadtteile müssen umgesiedelt werden.

„Unsere Luft hat die schlechteste Qualität in Indien und das Trinkwasser ist vergiftet“. Sanjeev Kanti Bakshi sitzt auf dem Bett in seinem kleinen Zimmer im Zentrum der Stadt und verschränkt die Arme. „Entsprechend kurz ist die Lebenserwartung in Jharia“. Der Gewerkschafter hat für die All Indian Coal Workers Federation (AICWF) in Jharia Beschäftigte im Kohlebergbau organisiert. Sanjeev Kanti Bakshi hat sich schon früh mit den ökologischen Folgen des Kohleabbaus auseinandergesetzt. Der geht bis in die Zeit der britischen Kolonialherrschaft zurück.

Weiter auf Seite 2



### Inhalt

#### Titel

| Indien: Die Schattenseite des Kohlebooms ..... S.1

#### Kommentiert

| Gefährliche Gruben ..... S.2

#### Vorgestellt

| Arifa Akter; Udo Weißwange ..... S.3

#### Aus der Arbeitswelt

| Chile: Bergleute wollen mitreden ..... S.4

| Südafrika: Kein Licht ohne Kohlekumpel ..... S.5

#### Aus Projekten und Kampagnen

| Interview: Neue Töne in Kolumbien; Qualifiziert verhandeln ..... S.6

| Indonesien: Marsch zum Gefängnis; Aktionstage für Mexiko ..... S.7

#### Notiert

| Vertrag für Hausarbeit; Keine Vermittlung; Neue Gewerkschaften; Erfolgreiches Forum ..... S.8

| Terminhinweise, Impressum ..... S.8



Fortsetzung von Seite 1

Die ersten Flözbrände entdeckte man 1916. Grund dafür ist der unsachgemäße Abbau der Kohle, die sich in Verbindung mit Sauerstoff selbst entzündet. In den letzten Jahrzehnten hat man in Jharia vor allem auf den Tagebau gesetzt, um schneller und preiswerter an den wertvollen Rohstoff zu kommen. „Das hat die Brände und die Zerstörung unserer Umwelt sehr verschlimmert“, kritisiert Sanjeev Kanti Bakshi. Der Großteil der Kohlevorkommen wird hier von der Bharat Coking Coal Ltd. (BCCL) ausgebeutet, einer Tochtergesellschaft der CIL. Ihr zufolge gibt es heute in Jharia 67 aktive Brandherde. Dennoch klammern sich selbst die Einwohner der am stärksten betroffenen Randbezirke an die versinkende Stadt. Viele sind „wilde“ Kohlesammler, unter ihnen eine große Zahl Kinder. Sie klettern auf den steilen Hängen der Abraumhalden umher und klauben Kohlebrocken heraus, um sie auf dem lokalen Markt zu verkaufen.

Gegen die prekäre Existenz der Sammler erscheint das Leben der Minenarbeiter einigermaßen gesichert, zumindest wenn sie fest angestellt sind. Für sie hat die Gewerkschaft von Sanjeev Kanti Bakshi viel erreicht. Sie begann ihre Arbeit vor rund vierzig Jahren. „Niemand durfte damals mit uns sprechen“, erinnert sich der 75-jährige. Das ist heute anders: „Die Sicherheitsstandards in den Minen haben sich erheblich verbessert“. Die Kumpel dort tragen sogar Helme und Sicherheitsschuhe – in Indien ein Anblick mit Seltenheitswert. Mit umgerechnet rund acht Euro pro Tag verdienen sie das Fünffache des Mindestlohns für Tagelöhner.

Doch von einst 750.000 Minenarbeitern im Staatsdienst gibt es heute nur noch 400.000. Die übrigen Jobs wurden ausgelagert. Die privaten Vertragsunternehmen schicken die Kumpel nach wie vor in die Minen der BCCL, doch verdienen sie dort nur noch zwischen 1,50 und drei Euro pro Tag und müssen länger arbeiten. Hinzu kommt eine wachsende Zahl illegaler Minen, in denen nach Schätzungen der Gewerkschaft 100.000 Kumpel arbeiten. Dort werden nicht einmal die einfachsten Sicherheitsstandards eingehalten. Arbeiter sterben deshalb. Die Öffentlichkeit erfährt davon nichts, niemand greift ein. Beamte, Politiker und Polizisten stecken oftmals mit den Betreibern unter einer Decke. „Wenn wir dort auftauchen, schlägt man uns zusammen“, erzählt Sanjeev Kanti Bakshi und schaut düster unter seinen buschigen Augenbrauen hervor. Gegen die Privatisierung hatte seine Gewerkschaft 2010 gestreikt. Der Börsengang der CIL wird die Lage nicht besser machen.

Klaus Sieg



Der Autor ist freier Journalist in Hamburg.



Weitere Informationen: Länderporträt Indien (2008), [www.nord-sued-netz.de/medien/material-bestellen](http://www.nord-sued-netz.de/medien/material-bestellen)

## Gefährliche Gruben

**Seit alters her ist die Arbeit der Bergleute mit großen Gefahren verbunden, die beherrscht werden müssen. Dafür steht heute hochmoderne Technik zur Verfügung. Doch während Investoren im Bergbau, angetrieben von der wachsenden Rohstoffnachfrage, eine immer größere Chance des schnellen Profits sehen, werden die notwendigen Aufwendungen für den Arbeitsschutz zu oft sträflich vernachlässigt.**

Schätzungsweise 12.000 Bergleute kommen weltweit bei Arbeitsunfällen ums Leben. Die südafrikanische National Union of Mineworkers hat die Gruben ihres Landes deshalb als „killing fields“ bezeichnet. Immerhin hat sie erreicht, dass die Unternehmen dort inzwischen wesentliche Maßnahmen zur Verbesserung der Bedingungen ergriffen haben. Währenddessen wurden aus Russland, der Ukraine, Mexiko, Polen, der Slowakei, der Türkei, China, dann aus Neuseeland und jetzt wieder aus Kolumbien verheerende Grubenkatastrophen mit oftmals bis zu hundert und mehr Toten gemeldet. Keines dieser Länder hat die Konvention 176 ratifiziert, geschweige denn umgesetzt, mit der die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) 1995 auf Initiative der ICEM (International Federation of Chemical, Energy, Mine and General Workers' Unions) hohe Maßstäbe für die Arbeitssicherheit im Bergbau geschaffen hat.



Foto: © Jörg Böhling/agenda-fototext

Unsichere Existenz: wilde Kohlesammler in Jharia

Zu den Unglücksursachen gehören Entlohnungssysteme auf der Basis des Produktionsergebnisses bei unzureichenden Stundenlöhnen. Auch das Ersetzen erfahrener Bergleute durch unausgebildete Kontraktarbeiter hat die Gruben gefährlicher gemacht, worauf beispielsweise die Mitgliedsgewerkschaft der ICEM in Indien mit einer massiven nationalen Kampagne reagiert hat. Und in immer mehr Fällen wird den Bergleuten der Schutz durch eine wirksame gewerkschaftliche Interessenvertretung verwehrt. Deshalb hat die ICEM mit dem Slogan „the stronger the union, the safer the mine“ eine globale Kampagne gestartet. Sie fordert zum Schutz von Leben und Gesundheit der Bergleute eine Verbesserung des Arbeits- und Gewerkschaftsrechts in vielen Ländern. Außerdem will sie die ILO-Konvention 176 durchsetzen.



Manfred Warda

Jetzt richten sich unsere Bestrebungen vor allem auf Chile. Noch vor Beendigung der Rettungsarbeiten für die 33 in der San José-Grube Eingeschlossenen hatte der Präsident des Landes großmundig angekündigt, seine Regierung werde die ILO-Konvention innerhalb von 90 Tagen ratifizieren (siehe Bericht Seite 4). Das ist bisher nicht geschehen. In einem Gespräch mit der Arbeitsministerin wurde klar, dass auch nichts geschehen soll. Vielleicht hört Chiles Regierung auf die Proteste der Mitgliedsorganisationen der ICEM, zu der auch fast 80 Bergarbeitergewerkschaften weltweit gehören. Unser Kampf wird jedenfalls weitergehen – bis Bergleute überall in der Welt nach der Arbeit sicher und unversehrt zu ihren Familien heimkehren können.

Manfred Warda



Der Autor ist Generalsekretär der Internationalen Föderation der Chemie-, Energie-, Bergbau- und Fabrikarbeitergewerkschaften ICEM.



Arifa Akter

## Kämpfen mit Wut

Gerade in Deutschland angekommen, hat sie gleich eine Lidl-Filiale besucht. Dort waren Hemden im Angebot, produziert in ihrer Heimat Bangladesch. „Unglaublich, wie billig die sind, verglichen mit den sonstigen Preisen in Deutschland“, sagt die 36-jährige Arifa Akter. Ende 2010 berichtete sie in deutschen Städten von den katastrophalen Arbeitsbedingungen in den Textilfabriken ihres Heimatlandes. Dort, wo deutsche Discounter ihr Bekleidungsassortiment fertigen lassen.

Die stellvertretende Generalsekretärin der größten Textilarbeitergewerkschaft des Landes National Garment Workers Federation (NGWF) lebt in einem Arbeiterviertel der Hauptstadt Dhaka. Sie sucht die Frauen nachts auf, wenn die aus den Fabriken kommen, berät und organisiert sie. „Es ist nicht einfach, weil sie neben Arbeit und Familie kaum Zeit haben. Außerdem haben sie Angst vor den Arbeitgebern, häufig auch vor dem eigenen Ehemann“, bekennt sie. Im vergangenen Juni führte die zierliche Frau eine Gruppe Näherinnen im Aufstand gegen die Hungerlöhne in der Branche, den

die Polizei mit Knüppeln und Tränengas niederzuschlagen versuchte. Arifa Akter ist eine Kämpferin: Seit ihrem zehnten Lebensjahr arbeitete sie in Textilfabriken, zunächst als Helferin für 300 Taka, umgerechnet 3,30 Euro monatlich. Vor 15 Jahren hat sie mit Kollegen und Kolleginnen hinter dem Rücken des Fabrikbesitzers und mit Unterstützung der NGWF eine Arbeitnehmervertretung gegründet und für pünktliche Lohnzahlungen und Überstundenzuschlag demonstriert. „Der Boss versuchte uns durch Schlägertypen einzuschüchtern. Er sperrte uns aus, zahlte keinen Lohn mehr“, erzählt sie. „Aber wir waren wütend und haben durchgehalten.“ Sie setzten ihre Forderungen durch und gewannen sogar den Prozess um den vorenthaltenen Lohn – wenn auch erst vier Jahre später.

Seit der Geburt ihres dritten Kindes arbeitet die Alleinerziehende für die Gewerkschaft. Ehrenamtlich. Sie lebt mit der sechsjährigen Tochter vom Einkommen der beiden älteren Söhne. „Man kommt irgendwie zurecht“, sagt sie. Auch der jüngere Sohn schuftet in einer Textilfabrik. Für ihn



Foto: © Wolfgang Huppertz/agenda-fototext

Arifa Akter

hat sich trotz der Arbeitskämpfe vom Juni wenig geändert: Der Mindestlohn wurde nur auf 33 statt der geforderten 55 Euro angehoben. „Wir sind sauer“, sagt Arifa Akter, „und kämpfen weiter.“

Michaela Ludwig

 Die Autorin ist freie Journalistin in Hamburg.

Udo Weißwange

## Weitergeben was gut ist

Udo Weißwange will wissen, wie es anderswo in den Gewerkschaften läuft. Im vergangenen Jahr war der 28-jährige mit der DGB-Jugend in Istanbul und in Kroatien. „Ich will von anderen lernen und auch von uns weitergeben, was hier gut ist“, sagt der Jugendreferent bei der IG Bergbau Chemie Energie (IGBCE) in Neuwied. „Mein Thema zurzeit ist unter anderen die duale Berufsausbildung, also zwei Drittel Praxis und ein Drittel Schule. Das gibt es außer in Deutschland nur in zwei anderen Ländern Europas“.

Udo Weißwange kennt die Unterschiede, denn er hat drei Jahre in Italien gearbeitet, wo es keine duale Berufsausbildung gibt. Seine Ausbildung zum Mechatroniker machte er bei dem italienischen Unternehmen RADICI Chimica Deutschland GmbH in Zeitz bei Leipzig. 2002 wurde er zum Jugend- und Auszubildendenvertreter (JAV) seines Betriebes gewählt. Nach einigen Monaten auf Montage ging er in das Stammwerk nach Italien in die Polymerherstellung – freiwillig. Er fand es toll, im Ausland zu arbeiten, „weil man für jeden

Lebensbereich etwas für sich mitnimmt“, erzählt der aus Naumburg an der Saale stammende Weißwange. Bis ihm klargemacht wurde, dass Aufstiegsmöglichkeiten den Italienern vorbehalten bleiben. Da traf es sich gut, dass Weißwange immer in Kontakt mit der IGBCE geblieben war. Denn er wollte sich verändern und wurde schließlich gefragt, ob er als JAV- und Jugendreferent in der Gewerkschaft arbeiten wolle. Er wollte, und die Arbeit macht ihm Spaß. Er möchte bewirken, dass „wieder mehr Menschen mit den Gewerkschaften etwas anfangen können“. Gleich zu Beginn seiner Ausbildung hatte sich Weißwange schon in der IGBCE engagiert: „Der Gewerkschaft verdanke ich viel, weil die sich für mehr Ausbildungsplätze im Osten eingesetzt hat. Da war es doch klar, dass ich etwas zurückgebe“. Nun wünscht Udo Weißwange sich, dass die internationale Gewerkschaftsarbeit wieder mehr in den Fokus der Einzelgewerkschaften rückt, damit mehr junge Leute mitmachen. „Bei der DGB-Jugend haben wir durch die Kontakte, zum Beispiel nach Kroatien und in die Türkei, einen Anfang




Foto: © Dorothee Mennicken

Udo Weißwange

gemacht“. Das gilt es jetzt auszubauen und zu kommunizieren, denn, so moniert der junge Gewerkschafter, „an der Kommunikation hapert es“.

Dorothee Mennicken

 Die Autorin ist freie Journalistin in Köln.





## Bergleute wollen mitreden

**Das Unglück der 33 chilenischen Bergleute in der Atacamawüste endete nach zwei Monaten mit ihrer Bergung. Es war eines der größten Medienereignisse 2010. Doch welche Lehren haben die Chilenen aus dem Unglück gezogen?**

„Die Reality-Show ist vorbei“, stellt Moisés Labraña fest, der stellvertretende Vorsitzende der Bergarbeitervereinigung Confemin. „Einige der Geretteten bekommen bereits keine kostenlose ärztliche Versorgung mehr.“ Immerhin habe der „Fall der 33“ in der Kupfermine San José dabei geholfen, mehr Bewusstsein über die gefährliche Arbeit der Kumpel zu schaffen, sagt der 62-jährige Gewerkschaftsveteran in seinem Büro in Santiago. „Vielen Kollegen ist klar geworden, wie wichtig es ist, gegenüber der rechten Regierung von Präsident Sebastián Piñera einig aufzutreten“.

Die Regierung, seit März 2010 im Amt, war gestärkt aus der Rettungsaktion hervorgegangen. Noch im selben Jahr kündigte Piñera an, die Konvention 187 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zum Arbeitsschutz sowie die spezifischere Konvention 176 zur Sicherheit im Bergbau zu ratifizieren. „Wenn wir ein entwickeltes Land sein wollen, müssen wir Erstwelt-Standards



Foto: © Claudio Reyes/picture alliance/dpa

Kniefall eines geretteten Bergmanns vor der Flagge

entwickeln“, erklärte er. Im Januar stellte Bergbauminister Laurence Golborne ein neues Sicherheitskonzept vor. Der Jahreshaushalt der heftig

kritisierten Bergbauaufsichtsbehörde Sernageomin wird um 62 Prozent auf umgerechnet 32 Millionen Euro erhöht. Statt 18 soll es 45 Sicherheitsinspektoren im ganzen Land geben. Tausend Mitarbeiter von Klein- und Mittelbetrieben, wo die meisten Unfälle passieren, sollen eine Sicherheitsausbildung bekommen. In einem parlamentarischen Untersuchungsbericht über das Unglück in San José wurden zwar keinerlei Versäumnisse von Politikern festgestellt. Doch hatten Gewerkschafter den Minister zuvor auf die prekären Zustände in der Kupfermine hingewiesen. Aber die Kommunikation zwischen der Regierung und den Gewerkschaften ist gestört. In die von Piñera eingesetzte Sicherheitskommission wurde kein Arbeiter einberufen.



Die Rettung der Bergarbeiter im Oktober 2010 verbesserte das Image des chilenischen Präsidenten.

Das war bisher anders. Die Koalitionsregierung aus Christ- und Sozialdemokraten bis 2010 hatte Teile der Gewerkschaftsbewegung bei sozialpolitischen Maßnahmen einbezogen. „Überhaupt ist die Rechte viel aggressiver bei der Durchsetzung des neoliberalen Modells, etwa bei der Flexibilisierung der Arbeit“, berichtet Cristian Cuevas. Er ist Vorsitzender der Kupferarbeitervereinigung CTC, in der die Leiharbeiter im Bergbausektor organisiert sind. „Nur 13 Prozent aller chilenischen Arbeiter sind gewerkschaftlich organisiert, aber mit der Leiharbeiterbewegung, die es erst seit 2007 gibt, geht es aufwärts“, meint der 38-jährige optimistisch. „Von der Regierung haben wir außer Absichtserklärungen noch nichts gesehen. Ihr Credo ist es ja, den Staat noch kleiner zu machen“.

Die Kupfergroßmacht Chile bleibt ein Investorenparadies: Um an Mittel für den Wiederaufbau nach dem verheerenden Erdbeben im Februar 2009 zu kommen, brachte die Regierung die



Organisiert Leiharbeiter: Cristian Cuevas

großen Bergbaumultis zu einer freiwilligen Erhöhung der Förderabgaben (Royalties). Das sollte Mehreinnahmen von mehreren Milliarden Dollar bringen. Im Gegenzug wurde den Konzernen eine Beibehaltung der niedrigen Besteuerung bis 2023 zugesagt. In den modernen Riesenminen, das räumen auch Gewerkschafter ein, herrschen hohe Sicherheitsstandards. Die Oppositionsabgeordnete Ximena Vidal weist darauf hin, dass es zwar gute Gesetze gebe, bei der Einhaltung aber hapere.

Gerhard Dilger



Der Autor ist freier Journalist in Brasilien.



Weitere Informationen: [www.ilo.org/safework/areasofwork/lang--en/WCMS\\_124598/index.htm](http://www.ilo.org/safework/areasofwork/lang--en/WCMS_124598/index.htm)



# Kein Licht ohne Kohlekumpel

**Südafrikas Kohle befeuert die Industrie. Wenn sie nicht reicht, fällt der Strom aus. Produziert wird unter Druck und häufig auf Kosten der Kumpel.**

Schichtwechsel in einem Steinkohlebergwerk in der südafrikanischen Provinz KwaZulu-Natal. Ein vergittertes Grubenfahrzeug bringt die Arbeiter aus achtzig Metern Tiefe wieder an die Oberfläche. Nach zehn Stunden unter Tage müssen sich ihre Augen erst wieder an das Sonnenlicht gewöhnen. Einige nehmen ihre Helme ab, klopfen den Kohlestaub von ihren hellgrauen Overalls, bevor sie in den Bus einsteigen, der sie von der Grube zu ihren Wohnheimen bringt. Die meisten Familien leben anderswo. „An unseren Lebensverhältnissen hat sich seit der Apartheid nicht viel geändert“, beklagt sich einer der Männer, der seine Kritik lieber anonym äußern möchte. Mit zwei Kumpeln muss er sich ein Zimmer teilen, die Toiletten sind in desolatem Zustand. Diese Situation sei der südafrikanischen Bergarbeitergewerkschaft NUM (National Union of Mineworkers) ein Dorn im Auge, betont Sifiso Buthelezi, der die Interessen



Foto: © Leonie March

Hohe Zielvorgaben: Schichtwechsel im Kohlebergwerk

schafters. Arbeiter suchen Rat und Hilfe. Die meisten von ihnen seien Analphabeten, erzählt Sifiso Buthelezi. Er liest ihnen offizielle Schreiben vor, hilft beim Ausfüllen von Formularen, erklärt Bankauszüge. Viele beschwerten sich auch über die Arbeitsbedingungen unter Tage. „Hin und wieder kommt es vor, dass ein Teil der vorgeschriebenen Ausrüstung fehlt,“ meint Buthelezi stirnrunzelnd. „Die Arbeiter müssen trotzdem arbeiten“, Produktion geht vor. Sie beklagen sich, dass die täglichen Zielvorgaben zu hoch angesetzt sind. Der Abbau in Schächten, die zum Teil nur einen Meter hoch sind, ist extrem anstrengend

unterordnen, bleibt aktuell. Auch die Frage, wer die Gewinne einstreicht, treibt die Gewerkschaft und ihre Mitglieder um. Seit einiger Zeit wird wieder öffentlich über eine Verstaatlichung des Bergbaus diskutiert, angeheizt von der Jugendliga des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC). Doch die NUM hat sich dagegen ausgesprochen. Investoren würden abgeschreckt und Arbeitsplätze auf's Spiel gesetzt, so NUM-Präsident Senzeni Zokwana. Er räumt jedoch ein, dass er sich Modelle wie im benachbarten Botswana vorstellen könne. Dort gehört der Regierung die Hälfte der Anteile im Diamantenabbau.

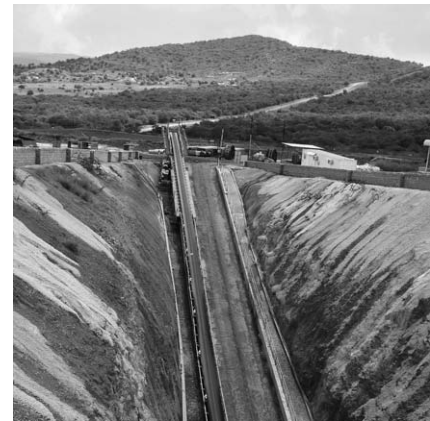


Foto: © Leonie March

Aufwärts mit Kohle: Schacht in KwaZulu-Natal

Am Kap der guten Hoffnung sind und bleiben die Gewinnaussichten gerade im Kohlesektor hervorragend. Mit jährlich etwa 250 Millionen Tonnen ist Südafrika einer der größten Kohleproduzenten der Welt. Die internationale Nachfrage wächst. Doch der Löwenanteil wird im Land selbst gebraucht. Die Energieversorgung am Kap wird maßgeblich von Kohle abgedeckt. Der Energiehunger des Schwellenlandes ist groß. Die Wirtschaft wächst, Investitionen in neue Kraftwerke wurden vom staatlichen Energieversorger Eskom zu lange hinausgezögert. 2008 kam es deshalb bereits zu massiven Engpässen bei der Stromversorgung. Das wirkte sich auch auf den Bergbau aus: Vor allem Platin- und Goldminen mussten damals ihre Förderung zurückfahren oder sogar für ein paar Tage schließen, Arbeiter wurden entlassen. Eskom warnt nun vor neuen, landesweiten Stromausfällen und verlangt, dass die Unternehmen ihren Energieverbrauch dauerhaft senken. Das Steinkohlebergwerk in KwaZulu-Natal hat schon einen Generator angeschafft, der einmal in der Woche angeschaltet wird; am Wochenende ruht die Arbeit größtenteils. „Doch wir sind weniger betroffen als andere“, betont Gewerkschafter Sifiso Buthelezi mit einem Lächeln. „Schließlich braucht Eskom unsere Kohle, um Strom erzeugen zu können.“

Leonie March

Die Autorin ist freie Journalistin in Südafrika.



Foto: © Leonie March

Die Arbeitsbedingungen haben sich verbessert, die Lebensverhältnisse nicht: Kohlekumpel im Grubenfahrzeug

der Arbeitnehmer in dem Steinkohlebergwerk vertritt. Die sanitären Einrichtungen werden gerade modernisiert, vor seinem Büro werden neue Betten verladen. Das ist ein Anfang. Ziel sei es jedoch, den Arbeitern eigene Häuser zur Verfügung zu stellen, wie in anderen Provinzen des Landes. Alle paar Minuten klopft es an der Tür des Gewerk-

und gefährlich. „Immer wieder dringt Wasser ein, Gase treten aus, Methanexplosionen sind keine Seltenheit“, bestätigt der Gewerkschafter. Zwar ist die Zahl der tödlichen Arbeitsunfälle in südafrikanischen Minen im vergangenen Jahr deutlich gesunken. Doch die NUM-Forderung, die Konzerne dürften die Sicherheit der Arbeiter nicht dem Profit



# Neue Töne in Kolumbien

## Ein Interview mit Luis Norberto Ríos Navarro

Luis Norberto Ríos Navarro (60) ist ein Veteran der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Geboren in der Kaffeeregion von Risaralda, arbeitet der Kolumbianer seit 1982 in gewerkschaftseigenen Schulungszentren. Heute leitet er die nationale Gewerkschaftsschule (ENS) in Medellín, deren Arbeit auch vom DGB Bildungswerk BUND unterstützt wird.

*Herr Ríos Navarro, Sie beobachten von Berufs wegen die Situation der Gewerkschaften in Kolumbien. Gibt es nach dem Regierungswechsel zwischen zwei konservativen Präsidenten 2010 positive Nachrichten?*

Ríos Navarro: Das gewerkschaftliche Ambiente ist mit der neuen Regierung von Juan Manuel Santos deutlich hoffnungsvoller als unter Präsident Uribe. Heute gibt es nicht mehr diese Verteufelung der Gewerkschaften. Diese Tendenz ist auch bei der Reform der Arbeitsgesetzgebung feststellbar. Erstmals seit zwanzig Jahren geht es nicht darum, uns Rechte zu nehmen. Die neue Regierung verfolgt das Ziel, Arbeit zu schaffen, und zwar zu geregelten Bedingungen. Zuvor war es quasi Regierungspolitik, die Unternehmer zur Förderung unregelter Arbeitsverhältnisse anzuhalten.



Foto: © Kerstin Roeske

Gewerkschafter qualifizieren: Projektbesprechung an der ENS

*Gehört dazu auch der Appell der Regierung zum sozialen Dialog?*

Ríos Navarro: Ja, die Erhöhung des Mindestlohns um 3,4 Prozent wurde nicht gegen, sondern mit den Gewerkschaften vereinbart. Das stimmt hoffnungsvoll.

*Auf der anderen Seite wurden 2010 nicht weniger als 48 Gewerkschafter in Kolumbien ermordet, ebenso viele wie im Vorjahr.*

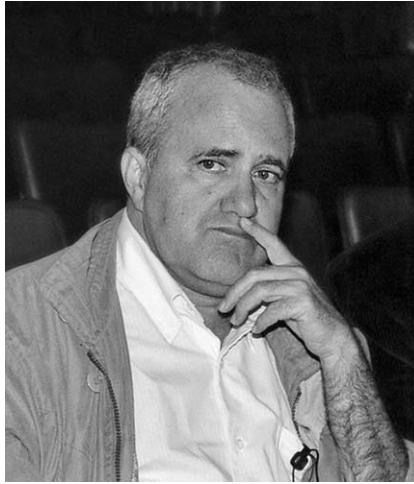


Foto: © Knut Henkel

Hofft auf neue Politik: Schulleiter Ríos Navarro

Ríos Navarro: Es gibt nach wie vor ein gewerkschaftsfeindliches Klima. Allerdings wird das heute auch thematisiert. Im Herbst fand eine Konferenz über Gewalt gegen Gewerkschafter in Kooperation mit dem UN-Entwicklungsprogramm statt. Dort wurde angekündigt, dass das Arbeitsministerium, welches zuvor de facto mit dem Gesundheitsministerium fusioniert war, neu strukturiert werden soll. Erstmals soll mit Julio Roberto Gómez ein Gewerkschafter Minister werden. Das sind neue Töne.

*Welche Bedeutung hat der Druck von Seiten der USA? Im US-Kongress liegt das Freihandelsabkommen mit Kolumbien auf Eis, weil Arbeits- und Menschenrechte in Kolumbien verletzt werden.*

Ríos Navarro: Es ist unstrittig, dass der einsetzende Wandel der Regierung im Umgang mit den Gewerkschaften viel mit der Position der USA zu tun hat. Die hat klar gemacht, dass sich an der Lage der Gewerkschaften etwas ändern muss, bevor das Abkommen unterzeichnet werden kann. Dabei spielt der Druck der US-Gewerkschaften auf die demokratischen Abgeordneten sicherlich eine zentrale Rolle.

*Auch die Europäische Union hat ein Freihandelsabkommen ausgehandelt. Spielt die Lage der Gewerkschaften dabei eine Rolle?*


Ríos Navarro: Oh, zumindest keine so markante. Viele europäische Regierungen standen anscheinend auf der Seite von Präsident Uribe. Obgleich die europäische Union eine so prägnante Tradition bei der Verteidigung der Menschenrechte hat, ist diese Position nicht so stark in das Vertragswerk eingeflossen.

*In welchen Sektoren der kolumbianischen Ökonomie ist die gewerkschaftliche Organisationsarbeit besonders riskant?*

Ríos Navarro: Im Bergbau ist die gewerkschaftliche Arbeit sehr schwierig. International bekannt wurden die Arbeitskonflikte in der Kohlemine Cerrejón oder in den Minen des US-Konzerns Drummond. Auch die großen Supermärkte des Landes, Carrefour, Macro, Exito haben keine Gewerkschaftsvertretung; gleiches gilt für viele Industrieunternehmen. Anders sieht es im Bankensektor aus, dort gibt es mehr Respekt für die Gewerkschaftsrechte, ebenso bei öffentlichen Dienstleistungen.

*Welchen Stellenwert hat die gewerkschaftliche Weiterbildung?*

Ríos Navarro: Das ist unsere Kernaufgabe an der nationalen Gewerkschaftsschule. Wir sind dafür da, die Funktionäre fit zu machen für die Verteidigung unserer Rechte in einer globalisierten Welt. Dabei werden wir von den drei nationalen Dachverbänden in Kolumbien unterstützt, aber auch von internationalen Partnern wie dem DGB. Das ist ein wichtiger Eckpfeiler für unsere Arbeit und ein Beispiel für die immer wichtiger werdende internationale Vernetzung.

 Das Gespräch führte Knut Henkel, freier Journalist in Hamburg

## Qualifiziert verhandeln

Gewerkschafter werden in Kolumbien bedroht und verfolgt. Auch nach der Amtsübernahme des konservativen Präsidenten Juan Manuel Santos im August 2010 beherrscht der Konflikt zwischen Staat, paramilitärischen Kampfverbänden und linken Guerillatruppen das Land. Für die soziale Entwicklung ist die Stärkung der Zivilgesellschaft von großer Bedeutung. Deshalb unterstützt das DGB Bildungswerk BUND die Qualifizierung von Gewerkschaftern in Wirtschaft und Arbeitsrecht. Es arbeitet dabei mit den nationalen Gewerkschaftsdachverbänden Central Unitaria de Trabajadores (CUT) und Confederación de Trabajadores de Colombia (CTC) zusammen.

An der nationalen Gewerkschaftsschule (ENS) werden vor allem Seminare über Gesundheits- und Arbeitsschutz gefördert. Die Teilnehmenden bereiten sich dabei auf Verhandlungen mit den Unternehmen vor; das hat auch bereits zu Verbesserungen geführt. Im Rechtsberatungszentrum (CAL) in Medellín berät ein Team von Anwälten und Jurastudenten Arbeiterinnen und Arbeiter und hilft beim Einklagen von Löhnen und Sozialabgaben.



## Marsch zum Gefängnis

**Vom Seminar über Arbeitsrecht schritten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in Indonesien Mitte Januar unmittelbar zur Tat: Sie marschierten zu dem Gefängnis, in dem seit mehr als einem Monat Nurimah, Gewerkschafterin und Vorsitzende der Arbeitnehmervertretung eines Holzrahmenherstellers aus Taiwan einsaß.**

Nurimah hatte ihren Arbeitgeber im Juni angezeigt, weil er Löhne nicht pünktlich bezahlte. Im Dezember wurde sie ihrerseits von der Polizei geholt: sie habe vier Jahre zuvor eine Kollegin angegriffen, die jetzt gegen sie auftrat, obwohl der Fall längst geschlichtet worden war. Tatsächlich sagte diese Kollegin aus, sie sei von der Geschäftsführung zur Anklage genötigt worden, doch Nurimah blieb im Gefängnis. Bis sich 13 Gewerkschaften und zwei Nichtregierungsorganisationen zusammenschlossen und öffentlich für ihre Freilassung eintraten, darunter die Teilnehmenden des Seminars vom gewerkschaftlichen Forschungszentrum TURC. Sie hatten Erfolg: Seit dem 19. Januar ist Nurimah vorläufig wieder auf freiem Fuß. Sie ging schon am nächsten Tag wieder zur Arbeit.



Wochenlang in Haft: die indonesische Holzgewerkschafterin Nurimah mit Unterstützerinnen

Foto: © TURC

TURC wird vom DGB Bildungswerk BUND seit 2004 unterstützt. Fünftägige Trainingsseminare über das Arbeitsrecht gehören zu den Hauptaktivitäten des Zentrums, das sich außerdem für Gewerkschaftseinheit und Mindestlöhne stark macht. Oft nehmen daran Gewerkschaftsmitglieder teil, die als Laienrichter für die neuen Industrie-gerichte nominiert sind. Sie bringen dann Fallbeispiele aus ihrer Praxis mit – wie den Fall der 35-

jährigen Nurimah von der Forstgewerkschaft Kahutindo, deren Arbeit im Betrieb PT San Yu vom Unternehmen behindert wird. Nach einer Arbeitsniederlegung wegen der verschleppten Lohnzahlungen Anfang 2010 wurden Gewerkschaftsvertreter eingeschüchtert und mussten

Lohnkürzungen hinnehmen. Dass Nurimah wegen einer so kleinen Sache inhaftiert wurde, sei selbst in einem Land wie Indonesien mit seinem problematischen Gesetzesvollzug außergewöhnlich, kommentierte die Projektkoordinatorin des gewerkschaftlichen Forschungszentrum Dela Feby Situmorang den Fall. Zum Protest gegen Nurimahas Verhaftung hatte auch die Bau- und Holzarbeiter-Internationale auf ihrer Webseite aufgerufen.

## Aktionstage für Mexiko

**Genau fünf Jahre nach dem Grubenunglück im mexikanischen Kohlebergwerk von Pasta de Conchos haben vom 14. bis 19. Februar Gewerkschaften in aller Welt Solidarität mit den unabhängigen Gewerkschaften in Mexiko gezeigt. 63 von 65 Toten aus der zur Grupo México gehörenden Mine sind noch immer nicht geboren.**

Die Bergarbeitergewerkschaft „Los Mineros“ hatte das Unglück als „industriellen Mord“ bezeichnet. Ihren Vorsitzenden Napoleon Gomez Urrutia setzte die Regierung ab, obwohl er bei Gewerkschaftskongressen mehrfach wiedergewählt worden war. Die Bergung der Leichname und die Untersuchung des Unglücks sind Teil den Forderungen, die an Vertretungen der mexikanischen Regierung in mehr als 30 Ländern gerichtet wurden.

Ausgerufen wurden die Aktionstage von der Internationalen Föderation der Chemie-, Energie-, Bergbau- und Facharbeitergewerkschaften ICEM, dem Internationalen Metallgewerkschaftsbund

IMB, der Internationalen Transportarbeiterföderation ITF und der globalen Gewerkschaft für Fach- und Dienstleistungsberufe UNI. Sie demonstrierten auch gegen die „Schutzverträge“, mit denen Arbeitgeber in Mexiko unabhängige Gewerkschaften aus den Betrieben fernhalten. Beim staatlichen Mineralölkonzern Pemex war im November 2009 sogar eine bewaffnete Einheit gegen Arbeitnehmer vorgegangen, die trotz Schutzvertrags eine eigene Gewerkschaft gegründet hatten. Während zwei Gewerkschafter unschuldig im Gefängnis sitzen, sind Morde an vier weiteren Gewerkschaftern zwischen 2006 und 2009 bis heute nicht aufgeklärt worden. Der Vorsitzende der IG Bergbau, Chemie, Energie Michael Vassiliadis protestierte am 14. Februar in einem Brief an den mexikanischen Botschafter in Berlin gegen all diese Verletzungen gewerkschaftlicher Rechte. Er forderte ihn auf, sich für eine Aufklärung des Bergwerksunglücks und gegen die Verletzung der Vereinigungsfreiheit einzusetzen. Die gewaltsame Unterdrückung berechtigter Anliegen der Arbeitnehmer durch staatliche oder private Sicherheitskräfte müsse beendet, die Morde an Gewerk-



ITF-Demonstration für Gewerkschaftsrechte in Mexiko 2010

Foto: © MacUrata/ITF

schaftern aufgeklärt werden. Unterstützt von etwa 60 Demonstranten, übergab eine internationale Gewerkschaftsdelegation in Genf die Forderungen der Kampagne dem mexikanischen Botschafter bei den Vereinten Nationen.



Weitere Informationen: [www.icem.org](http://www.icem.org)



## Vertrag für Hausarbeit

In der Schweiz ist seit Jahresbeginn der erste „Normalarbeitsvertrag“ (NAV) für Hausangestellte in Kraft. Ungelernte müssen danach mindestens 18,20 Schweizer Franken (umgerechnet etwa 13,80 Euro) pro Stunde verdienen, mit Erfahrung oder einer Ausbildung etwas mehr. Das sei ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, urteilen zwei Gewerkschaftsvertreter aus der Experten-Gruppe, die den Vertrag erarbeitet hatte, in der „Global Labour Column“ im Februar 2011. Sie hatten sich vergeblich dafür eingesetzt, dass auch Arbeitszeitregelungen, Urlaubszeiten und Lohnfortzahlung bei Krankheit in den NAV aufgenommen würden. Extrem niedrige Löhne, von denen Kosten für Unterkunft noch abgezogen würden, sowie ein Mangel an sozialer Sicherheit gehören zu den Klagen, die Arbeiterinnen in diesem Sektor bei der berufsübergreifenden Gewerkschaft Unia vorbringen. Ende 2007 war die Expertengruppe zur Ausarbeitung eines NAV eingesetzt worden. Bei der Internationalen Arbeitskonferenz im Juni 2011 in Genf hat die Schweizer Delegation damit eine gute Position, meinen die Autoren der Unia, denn dort wird es um eine Konvention über Arbeitsbedingungen für Hausangestellte weltweit gehen.

## Keine Vermittlung

Das Beschwerdeverfahren gegen den Textilkonzern Triumph International beim Schweizer Kontaktpunkt für die Leitsätze der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ist beendet. Da die betroffenen Parteien verschiedene Vorstellungen vom Ziel des Verfahrens hatten, war keine Einigung möglich, heißt es in der Schlusserklärung des Nationalen Kontaktpunkts (NKP) vom 14. Januar 2011. Gegenstand des Konflikts war die Entlassung von 3.600 Näherinnen in Thailand und den Philippinen im Sommer 2009. Vier Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen hatten den Fall im Dezember 2009 vor die OECD-Kontaktstelle im Schweizer Wirtschaftsministerium gebracht. Sie warfen dem Unternehmen einen Mangel an Verhandlungsbereitschaft über einen Sozialplan vor.

Die Kampagne für Saubere Kleidung zeigte sich enttäuscht, dass es nicht einmal zu einem Vermittlungstreffen gekommen sei. „Die Entscheidung des nationalen Kontaktpunkts (NKP) in der Schweiz wirft ernsthafte Fragen bezüglich der Mediationsbereitschaft von Triumph und der Bereitschaft des NKP auf, seiner Rolle als unparteiischer Vermittler gerecht zu werden“, heißt es in ihrer Presseerklärung vom 31. Januar 2011. „Das

Unternehmen war jederzeit zu Gesprächen bereit“, kontert Triumph International in seiner Pressemitteilung vom 9. Februar 2011. Der Prozess sei dadurch erschwert worden, dass die Eingabeführer Neuverhandlungen über zusätzliche finanzielle Forderungen verlangten. „Der NKP hat die Korrespondenz zwischen Triumph und den betroffenen Gewerkschaften hin und hergeschickt“, hält Klaus Priegnitz von der IG Metall fest. „In der Sache selbst, ob Triumph die OECD-Leitsätze verletzt habe, sagt der NKP nichts“.



Weitere Informationen: [www.saubere-kleidung.de](http://www.saubere-kleidung.de)

## Neue Gewerkschaften

Im Kontext der Demokratie-Bewegung in Ägypten hat sich am 30. Januar 2011 ein neuer nationaler Gewerkschaftsverband gegründet. Er vereint unabhängige Gewerkschaften im Gesundheitssektor, verschiedenen Industriezweigen und im öffentlichen Dienst und kündigte die Formierung von Arbeitsplatzkomitees im ganzen Land an. Der Aufruf zum Generalstreik seitens der Opposition, die zehn Tage später den Rücktritt des Präsidenten erzwang, wurde vom neuen Gewerkschaftsverband unterstützt. „Dies ist ein ungeheuer wichtiger Schritt für alle Ägypter, denen das Recht auf demokratische Vertretung am Arbeitsplatz so lange vorenthalten wurde“, sagte die Generalsekretärin des Internationalen Gewerkschaftsbundes Sharan Burrow. „Unabhängige Gewerkschaften, die das Regime anzuerkennen sich weigerte, haben in den letzten Jahren tausende lokaler Streiks, Sit-ins und Proteste organisiert. Sie sind eine treibende Kraft hinter der massiven Mobilisierung des Volkes von Ägypten gewesen“. Ägyptens offizieller Gewerkschaftsbund ist dagegen eng mit dem alten Mubarak-Regime verbunden.

## Erfolgreiches Forum

Eine positive Bilanz zog die zwölfköpfige Delegation der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zum Abschluss des Weltsozialforums Mitte Februar in Dakar. Mehrere zehntausend Menschen hatten an dem sechstägigen Treffen in der senegalesischen Hauptstadt teilgenommen, dessen Stimmung durch die politischen Umwälzungen in Nordafrika geprägt wurde. Die GEW hatte gemeinsam mit Partnergewerkschaften aus der Bildungsinternationale Veranstaltungen über Kinderarbeit und das Recht auf Bildung angeboten. Dabei wurde deutlich, wie sehr Kinderarbeit zum Alltag in Afrika gehört, aber auch, dass afrikanische Lehrergewerkschaften sich darum kümmern. „Es gibt zahllose gemeinsame Ziele und viel Anlass



Senegalesische Jugendliche fordern Studienplätze.

für Vernetzung“, sagte Manfred Brinkmann, der die Delegation der GEW leitete. Zu ihr gehörten auch zwei Vertreter der Bildungsgewerkschaft Synter aus Burkina Faso. Kritisiert wurde lediglich die schlechte Organisation der Großveranstaltung. Vermisst wurde der Deutsche Gewerkschaftsbund; bei vorhergehenden Weltsozialforen hatte der DGB die deutschen Gewerkschaftsdelegationen koordiniert.



Weitere Informationen: [www.gew.de](http://www.gew.de)

## Termine

**03.–08.04.2011**

Multis, Markt und Dritte Welt:  
Von der globalen Krise zu einer  
neuen Weltwirtschaftsordnung?  
*mit Exkursion in den Hamburger Hafen*  
| DGB Tagungszentrum Hamburg-Sasel

**15.–20.05.2011**

Israel, Palästina und der Nahe Osten –  
Welche Zukunft hat der jüdische Staat?  
| DGB Tagungszentrum Starnberger See

**Anmeldung und Informationen:**

[www.nord-sued-netz.de](http://www.nord-sued-netz.de)

## IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND  
Vorsitzende: Ingrid Sehrbrock  
Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich  
Verantwortlich: Jens Martens  
Redaktion: Sigrith Thomsen  
Satz: Achim Konopatki  
Druck: Setzkasten Düsseldorf  
gedruckt auf FSC-Papier

DGB Bildungswerk BUND  
Nord-Süd-Netz  
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf  
Tel.: 0211/4301-371, Fax: 0211/4301-500  
[nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de](mailto:nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de)  
[www.dgb-bildungswerk.de](http://www.dgb-bildungswerk.de)  
[www.nord-sued-netz.de](http://www.nord-sued-netz.de)

Spendenkonto: SEB Bank AG,  
Kto 101 600 9300, BLZ 300 101 11